

Antworten auf die Fragen des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft –

Antworten DIE LINKE

1. Entbürokratisieren und Mittelstand entlasten

Fragen an die Parteien

Wie werden Sie sich für einen Abbau der Bürokratie für den Mittelstand einsetzen?

Wie werden überprüfen, vor allem in laufenden Gesetzgebungsverfahren, inwieweit Gesetze Hemmnisse für vor allem kleine und mittelständische Unternehmen darstellen. Hierbei muss aber betrachtet werden, dass dem Aufwand der kleinen und mittelständischen Unternehmen meist Verbraucherschutzrechtliche oder gemeinwohlorientierte Ziele gegenüberstehen. Hier ist ein ständiger Abwägungsprozess notwendig.

Das Landesvergabegesetz (LVG LSA) muss laut § 21 LVG LSA vier Jahre nach seinem Inkrafttreten evaluiert werden. Das bedeutet spätestens 2017. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass bei der planmäßigen Evaluierung auch der Bürokratieaufwand für kleine und mittelständische Unternehmen Teil der Evaluierung sein wird.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich auch in Zusammenarbeit mit der Landesregierung dafür einsetzen, dass die bestehenden Präqualifizierungsverfahren überprüft und eventuell erweitert werden, um den Bürokratieaufwand für kleine und mittelständische Unternehmen zu minimieren.

Wie wollen Sie eine Absenkung der Steuer- und Ausgabenlast herbeiführen?

Veränderungen von Steuer- und Abgabenlasten müssen auf Bundesebene geregelt werden. Grundsätzlich tritt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt für ein gerechtes Steuersystem ein, aber auch für ein Steuersystem, das genügend Steuereinnahmen für die öffentlichen Haushalte zur Verfügung stellt, um gesellschaftliche Aufgaben erfüllen zu können.

Bei Entlastungen des Mittelstandes setzt sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt weiterhin dafür ein, den Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks auf sieben Prozent zu senken. Außerdem werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Veranlagung von nicht-privaten gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen zur Finanzierung des öffentlich rechtlichen Rundfunks entfällt oder alternativ eine gerechtere, den Mittelstand entlastende Staffelung der Beiträge erreicht wird.

2. Digitalisierung für Betriebe und die Bürgerin und den Bürger vorantreiben

Fragen an die Parteien

Welche konkreten Maßnahmen sind für die nächste Legislaturperiode vorgesehen, um KMU bei der Digitalisierung zu unterstützen?

Aus unserer Sicht steht der Mittelstand vor allem in den Bereichen der Modernisierung der Produktion, der Energie- und Ressourceneffizienz oder der Informations- und Kommunikationstechnologie vor großen Herausforderungen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen benötigen daher einerseits die passende Infrastruktur, also Breitband, um von der Digitalisierung zu profitieren, auf der anderen Seite aber auch das nötige Wissen, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen kann die Arbeit effektiver werden, nicht zuletzt durch Kosteneinsparungen und die

Erschließung neuer Märkte. Wir wollen vor allem die Rahmenbedingungen der Digitalisierungsprozesse gestalten, damit gerade die klein- und mittelständischen Unternehmen neue regionale und globale Marktchancen erhalten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich für eine zügige Unterstützung bei der Herstellung der Infrastruktur sowie um die Beschleunigung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften auf diesem Gebiet einsetzen. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung der Wirtschaft vor allem im Bereich der Ressourcen- und Energieeffizienz zu nutzen und zu verstärken, auch durch die Verbesserung des Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft, den wir vor allem in diesem Bereich vorantreiben wollen.

Die Prozesse der Digitalisierung wollen wir außerdem durch wissenschaftliche Begleitung, durch Wissensvermittlung und die Initiierung öffentlicher Diskussionen unterstützen.

Dabei sieht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt allerdings die Digitalisierung der Wirtschaft nicht einseitig nur aus dem Blickwinkel der Wettbewerbsfähigkeit. Anpassungs- und Veränderungsprozesse im Unternehmen haben immer auch Auswirkungen auf deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. sind ohne diese gar nicht möglich. Digitalisierung führt unweigerlich zu einem hohen Anpassungs- und Innovationsdruck für Unternehmen und ihre Beschäftigten. Hier gilt es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für beide Seiten zu schaffen, um diesen Prozess produktiv zu nutzen und zu gestalten.

Wie wollen Sie eine zeitgemäße IT-Infrastruktur in Sachsen-Anhalt fördern?

Die zentrale Herausforderung für die Sicherstellung einer modernen IT-Infrastruktur in Sachsen-Anhalt bleibt ein schneller und zukunftssicherer Netzausbau. Dieser soll nach unseren Vorstellungen vorrangig leitungsgebunden, idealerweise durch Leerrohre und Glasfaserverbindungen, erfolgen. Um eigene Angebote zu unterbreiten oder vermehrt Cloud-Dienste und Online-Speicher für die Nutzung von IT in Unternehmen zu ermöglichen, ist dabei dringend zu beachten, dass Internetanbieter auch Verträge mit sog. synchronen Übertragungsraten im Up- und Download anbieten.

Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen wird es in der nächsten Zeit wichtig sein, mit einem Netz arbeiten zu können, in dem die Regeln der Netzneutralität gelten. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich mehrfach dafür ausgesprochen die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Nur so können wir es sicherstellen, dass angemessene Verbindungsgeschwindigkeiten nicht nur großen Unternehmen zuzumuten sind. Über den Bundesrat werden wir hier in Zusammenarbeit mit der Landesregierung unseren Einfluss geltend machen.

Zu einer zeitgemäßen Infrastruktur gehört natürlich auch eine gute mobile Versorgung mit dem Netz. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat hier mehrfach auf die ersatzlose Abschaffung der Störerhaftung gepocht und stattdessen kostenfreie WLAN-Strukturen gefordert. Wir wollen Freifunk fördern und Kommunen ermuntern, eine WLAN-Infrastruktur als Rahmenbedingung für ein angenehmes Aufenthaltsklima z.B. in Innenstädten und touristischen Zentren zu schaffen.

Um das Internet als Raum des sozialen Erfahrens, der Bildung und des Wirtschaftens zu erhalten, wehren wir uns gegen Einschnitte, welche die Verfasstheit des Netzes angreifen. Wir interpretieren das Fernmeldegeheimnis im Zusammenhang mit dem Grundrecht auf die Unversehrtheit eigens genutzter informationstechnischer Systeme für das Internet als Kommunikations- und Medientechnik in einem so, dass ein Bürgerrecht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung besteht. Somit ist es auch Unternehmen möglich, Geschäftsgeheimnisse in modernen Kommunikationsformen zu schützen.

Wie können Sie kleine und mittlere Unternehmen für mehr IT-Sicherheit unterstützen?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt erachtet die Begleitung der KMU in Fragen der IT-Sicherheit nicht als Landes-, sondern als Bundesaufgabe. Dabei sehen wir die Notwendigkeit einer unabhängigen Bundesbehörde, die Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittelständische Unternehmen in Fragen der IT-Sicherheit beraten sollen. Insofern halten wir es geboten, das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik als eine zurzeit noch dem Bundesministerium des Inneren unterstellte Behörde zu einem solchen Kompetenzzentrum zu entwickeln.

Da viele Fragen der IT-Sicherheit in Unternehmen aber nicht nur Fragen der technischen Sicherheit sind sondern besonders Fragen der Organisation und Planung berühren, halten wir an der Landesförderung von wissenschaftlichen Instituten fest, die kleine und mittelständische Unternehmen bei aktuellen Herausforderungen wie z.B. der Digitalisierung begleiten. Beispielhaft sei hier das Fraunhofer-Institut Magdeburg genannt.

3. Verkehr und Infrastruktur

Fragen an die Parteien

Können Sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Sachsen-Anhalt weiter gewährleisten?

Verkehrsinfrastruktur ist Standortfaktor für die Wirtschaft. Gute Arbeitsplätze und Mobilitätsangebote sind Haltefaktoren für Menschen in unserem Land. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung spielen der Erhalt und die Qualität unserer Verkehrsnetze eine wichtige Rolle. Unterlassene Investitionen in den Werterhalt führen langfristig zu höheren Kosten für Land und Nutzer, gefährden Produktionsabläufe und verschlechtern die Sicherheit auf unseren Straßen. Die knapper werdenden Mittel wollen wir daher vorrangig für die Werterhaltung nutzen. Neubau soll es nur da geben, wo Ortsumfahrungen dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im ländlichen Raum verbessert werden muss.

Getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler Verkehrsadern wie der A14 respektieren wir, setzen in der Verkehrspolitik jedoch andere Schwerpunkte, hin zu einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Verkehrsentwicklung. So wollen wir insbesondere den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn sichern und fördern. Mit den zusätzlichen Geldern aus dem Länderfinanzausgleich ist es möglich und geboten, die drohenden Kürzungen im Regionalverkehr abzuwenden. Die Wiederanbindung der Landeshauptstadt Magdeburgs an den Fernverkehr ist eine überfällige Entscheidung der DB. Wir begrüßen die zusätzlichen Investitionen der Bahn in die Verkehrsknoten Halle und Magdeburg und setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Fernverkehrsanbindung so früh wie möglich herzustellen, ohne die Altmark zu benachteiligen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig ausreichend Mittel für den Ausbau und Erhalt dafür zur Verfügung stehen?

Wesentliche Finanzierungsquellen der Verkehrsinfrastrukturen sind in erster Linie Bundesmittel aus dem Entflechtungsgesetz und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Weil sich der Großteil der Straßen in kommunaler Baulast befindet, setzen wir uns für eine langfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit der Kommunen für ihre Infrastrukturprojekte ein. Entscheidende Weichen werden an dieser Stelle in der künftigen Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gestellt. Einen Wegfall von Bundesmitteln gilt es auch hier durch landeseigene Programme zu kompensieren, die sich aus den zusätzlichen Umsatzsteuer-Mitteln speisen. In allen Programmen setzen wir uns für eine saubere Mittelverwendung und Zweckbindung ein. Dringend benötigte Gelder für die Verkehrsinfrastruktur müssen dort auch ankommen und dürfen nicht weiterhin – wie bei den Regionalisierungsmitteln – zum Stopfen anderer Haushaltslöcher zweckentfremdet werden.

In der Frage einer verstärkten Nutzerfinanzierung lehnen wir die PKW-Maut als zu bürokratisch und unökologisch ab. Wer viel fährt bezahlt auch heute schon mehr über die Mineralölsteuer. Diese Einnahmen müssen nur konsequent in die Verkehrsinfrastruktur zurückgeführt werden. Aus Gründen des fairen Wettbewerbs im Güter- und Personenverkehr setzen wir uns für die Ausweitung der LKW-Maut und die Schaffung einer Fernbus-Maut ein. Schließlich bezahlt auch jedes schienengebundene Verkehrsmittel ein Nutzungsentgelt in Form der Trassengebühr. Die Mehreinnahmen sollen wiederum in den Abbau des Investitionsstaus und den Werterhalt der öffentlichen Infrastruktur zurückfließen.

4. Anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren

Fragen an die Parteien

Ist Sachsen-Anhalt überfordert mit der Flüchtlingsthematik?

Nein, Sachsen-Anhalt ist mir der Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden nicht überfordert. Im Gegenteil: Zuwanderung ist eine große Chance für Sachsen-Anhalt. Es ist notwendig, die Voraussetzungen für gelingende Integration zu schaffen und den Menschen, die über die bundesweite Verteilung nach Sachsen-Anhalt gekommen sind, gute Gründe zu geben, hier zu bleiben und sich und ihre Fähigkeiten einzubringen.

Dazu gehört neben bezahlbarem Wohnraum (für alle im Übrigen), der durch sozialen Wohnungsbau bzw. soziale Zweckbindung vorhandenen Wohnungsbestandes, Mietpreisbindung und vor allem die kommunalen Wohnungsbaunehmen erschlossen werden kann, auch die Möglichkeit, hier zu arbeiten und sich eine eigenständige Perspektive in Sachsen-Anhalt zu schaffen.

Können anerkannte Flüchtlinge möglichst in den Arbeitsmarkt integriert werden, vor allem unter dem Gesichtspunkt des demographischen Faktors?

Die Aussage, dass Flüchtlinge die Fachkräfte von morgen sein können, teilt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ausdrücklich. Daher setzen wir uns auch für eine schnelle Integration auf den Ausbildungsmarkt ein.

DIE LINKE will die Instrumente der Arbeitsmarktförderung auch für Flüchtlinge und Asylsuchende öffnen und für ihre individuellen Bedürfnisse schärfen. Dazu gehört es auch, die Qualifikationen der Geflüchteten so schnell wie möglich zu erfassen. Wir halten es zudem für notwendig, gemeinsam mit den Kammern Möglichkeiten der Anerkennung und auch Teilanerkennung von Qualifikationen zu schaffen, Feststellungsinstrumente zu entwickeln und Weiterbildungsmöglichkeiten zu konzipieren.

Wir sehen aber auch, dass es, um eine qualifizierte Ausbildung abzuschließen, begleitender Hilfen bedarf. Eine Gleichberechtigung von Flüchtlingen bei der Teilhabe an BAB und BAföG sollte das Ziel sein. Die Verkürzung der Zugangsfristen von 3 Jahren auf 15 Monate beim BAföG halten wir für zu kurz gegriffen. Sie konterkariert das Bestreben einer zügigen Integration mit wenig Leerlauf. Während der Ausbildung muss durch Lernbegleiter, aber auch durch Sozialpädagogen eine kontinuierliche Betreuung sichergestellt werden. Asylbewerber, die sich in Ausbildung befinden, sollten grundsätzlich Bleiberecht für die Dauer der Ausbildung erhalten und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dies bringt Sicherheit auf beiden Seiten.

Wie können mittelständische Unternehmen dazu motiviert werden, Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitzustellen?

Entscheidend für die Motivation von Unternehmen wie von potentiellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind neben konkreten Maßnahmen auch die politischen Signale: Wer Probleme

herbeiredet, statt Lösungen für neue Herausforderungen zu finden, motiviert Unternehmen nicht, neue Wagnisse einzugehen. Wir wollen Unternehmen unterstützen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze für Geflüchtete schaffen. Ein wesentlicher Punkt dabei ist es auch, dafür zu sorgen, dass Menschen, die in Ausbildung und Arbeit sind, nicht abgeschoben werden und das den Betroffenen wie den Unternehmen auch zu garantieren. Geflüchtete und Asylsuchende dürfen nicht auf ihren Status reduziert werden: Wir brauchen dringend eine menschlichere, aber auch eine praktikablere Bleiberechtspolitik. Dazu gehört es auch, Menschen dort unterzubringen, wo sie selbst es möchten und wo es die größten Aussichten auf Integrationschancen und Perspektiventwicklung gibt. Es ist für die Betroffenen unmenschlich und bürokratischer Irrsinn, Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken und damit z.B. auch zu verhindern, dass Asylsuchende entscheiden können, dort zu leben, wo sie eine Arbeitsmöglichkeit gefunden haben. Die Vorrangprüfung und asylrechtliche Arbeitsverbote lehnen wir ab.

Der Trend der vergangenen Monate zeigt auch: Wenn Sachsen-Anhalt die Menschen, die in den letzten Monaten zu uns gekommen sind im Land halten will, müssen wir uns anstrengen. Integration in den Arbeitsmarkt wird nur dann erfolgreich sein können, wenn auch die anderen Rahmenbedingungen stimmen und ein Leben in Sachsen-Anhalt attraktiv machen. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Abwertung sind nach wie vor die größten Integrationshindernisse und müssen als solche auch klar benannt und politisch bekämpft werden. Das ist eine LINKE Herzensangelegenheit.

In welchen Branchen können Flüchtlinge dazu beitragen, das Fachkräfteproblem im Mittelstand zu lindern?

Die Bereiche, in denen Sachsen-Anhalt Verluste durch den demographischen Wandel durch Zuwanderung ausgleichen kann, sind vielfältig: Im Bereich der Kranken- und Altenpflege, als Ärztinnen und Ärzte, oder auch im Bereich Ingenieurwesen, Maschinenbau oder der Chemiebetriebe: Der Bedarf an Fachkräften ist da, wir müssen nun Wege finden, die vorhandenen Qualifikationen dem Bedarf an Fachkräften anzupassen. Im Bereich der Gemeinwohlarbeit sehen wir zudem sinnvolle und dringend benötigte Arbeitsmöglichkeiten und Betätigungsfelder auch für Geflüchtete.

Wer stellt die dringend benötigten Deutschkurse bereit und finanziert sie?

Voraussetzung für viele Wege der Teilhabe am Arbeitsmarkt ist die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen. DIE LINKE will Sprachkurse für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und zwar so schnell wie möglich, bereits in den Gemeinschaftsunterkünften zugänglich machen.

Die Sicherstellung bedarfsgerechter Deutschförderung im Rahmen von Integrationskursen bzw. aufbauender berufsbezogener Deutschförderung (ESF /BAMF Programm) aber auch spezielle Länderangebote ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Begrüßenswert sind hier auch die Vorschläge der Agentur für Arbeit, spezielle Maßnahmen vor der Berufsausbildung, die speziell auf das Erlernen der deutschen Sprache gerichtet sind, anzubieten. Frühe Kompetenzfeststellung bspw. durch Potenzialanalysen durch fachlich geeignetes Personal ist zwingend erforderlich.

Kann der bezahlbare Wohnraum durch steuerliche Anreize attraktiver gemacht werden?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will eine Wohnungsbauförderung, die vorrangig auf Renovierung und auf Ausbau statt Neubau ausgerichtet wird. Sie begrüßt aus diesem Grund ausdrücklich, dass der Bund den Ländern in den nächsten vier Jahren jeweils 500 Millionen Euro für notwendige Investitionen zur Herrichtung leerstehenden Wohnraums zur Verfügung stellen wird. Ab dem Jahr 2016 stehen in

Sachsen-Anhalt jährlich rund 23 Millionen Euro bereit, um für sozial bedürftige Haushalte die Versorgung mit Wohnraum zu sichern. Unter Beachtung des vorhandenen Bedarfes und der Wirtschaftlichkeit sollen die Fördergelder in Form von Zuschüssen ausgereicht werden. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen hält die DIE LINKE. Sachsen-Anhalt dieses Engagement der öffentlichen Hand für eine soziale Wohnpolitik für notwendig und unverzichtbar.

Insgesamt kann für Sachsen-Anhalt festgestellt werden, dass kein Wohnungsmangel besteht. Dies gilt auch für die Großstädte Magdeburg und Halle. Insofern lehnen wir Sonderabschreibungen für den Wohnungsneubau ab.

5. Größenwachstum und Internationalisierung von KMU unterstützen

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie das Größenwachstum der kleinen und mittleren Unternehmen in Sachsen-Anhalt unterstützen?

Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur sieht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt vordergründig als Chance und nicht als Risiko. Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen bei der Entwicklung und beim Wachstum unterstützen.

Informations- und Förderangebote wollen wir daher zukünftig wesentlich stärker auf die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen zuschneiden. So sollen sie Unterstützung bei der Vernetzung zur Vertiefung der Wertschöpfungsketten oder bei der Steigerung des Forschungs- und Entwicklungspotenzials durch weitere Kooperation mit Universitäten und Hochschulen erhalten.

Landesmittel wollen wir vorrangig in Bereiche investieren, die möglichst vielen Unternehmen zugutekommen - also in Aus- und Weiterbildung, Fachkräfte-entwicklung oder in regionale Infrastruktur.

Auf welche Weise wollen Sie Gründern neuer Unternehmen beispielsweise bei Ausgründungen aus Universitäten und Hochschulen helfen?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht in leistungsfähigen und innovativen Startup-Unternehmen, die durch Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungsinstituten hervorgegangen sind und sich auf dem Markt etablieren konnten, einen wichtigen Baustein für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Hier besteht ein großes, zum Teil noch ungenutztes Potenzial.

Dazu brauchen wir eine neue Existenzgründerstrategie, die sich an den jeweiligen spezifischen Bedürfnissen orientiert und bei der Ideenfindung beginnt, bis zur Markteinführung des Produkts führt, dort aber nicht endet. Neben der Bereitstellung von Fördermitteln sind die Beratung, Begleitung, Qualifizierung und der Erfahrungsaustausch über den gesamten Innovationsprozess entscheidend für den Erfolg. Dies bedeutet auch, Gründerinnen und Gründer sozial abzusichern, z.B. durch Zuschüsse zur Krankenversicherung und Altersvorsorge.

Auf der anderen Seite sehen wir auch, dass die Sichtbarkeit von Fördermöglichkeiten generell verbessert werden muss. Wir wollen prüfen, inwieweit Förderrichtlinien und -programme gebündelt werden können. Auch ist zu prüfen, ob die Beratungsmöglichkeiten gerade für Ausgründungen aus Hochschulen und Universitäten verbessert werden können.

Wie wollen Sie Internationalisierung des Mittelstandes vorantreiben?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht in der Mitwirkung sachsen-anhaltischer Unternehmen an der internationalen Arbeitsteilung einen wichtigen wirtschaftspolitischen Baustein. Wir sehen dabei vor

allem im europäischen Binnenmarkt großes Potenzial für kleine und mittelständische Unternehmen. Aber auch außerhalb dieses wollen wir zukünftig vor allem kleine und mittelständische Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte behilflich sein. Dazu wollen wir unter anderem die Internationalisierungs- und Europastrategie überarbeiten und die derzeitigen Programme der Außenwirtschaftsförderung evaluieren und gegebenenfalls anpassen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht aber auch vor allem beim Thema Sprache ein wichtiges Entwicklungspotenzial bei den Unternehmen. Die Beherrschung von Fremdsprachen in einheimischen Unternehmen ist unumgängliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren auf internationalen Märkten und gelebte Willkommenskultur für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir setzen uns daher dafür ein, dass gelebte Internationalität und kulturelle Kommunikation in allen Bildungsbereichen unseres Landes integriert ist.

6. Potenzial nutzen – Bildung und Fachkräftesicherung für künftigen Wohlstand

Fragen an die Parteien

Was wollen Sie gegen die hohen Abbrecherquoten an Schulen, in der Berufsausbildung sowie an Hochschulen und Universitäten tun?

Die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt geht davon aus, dass Lernen und Studieren und ein erfolgreicher Abschluss der Ausbildung im Interesse jeder einzelnen und jedes einzelnen liegen und sie bzw. er dafür eine hohe persönliche Verantwortung trägt. Damit lernen und studieren auch wirklich gelingen können, halten wir die Schaffung verschiedener Randbedingungen für genauso wichtig wie eine gute Motivation der Jugendlichen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt verfolgt mit der weiteren Entwicklung der Gemeinschaftsschulen insbesondere das Ziel, die schulischen Lernprozesse enger mit der Praxis zu verbinden, um dem Lernen ein nachvollziehbares Ziel zu geben, Interesse zu wecken, Wissen zu vertiefen und anwendungsbereite Kompetenzen zu entwickeln. Technische Bildung soll verstärkt werden.

Außerdem fordern wir eine qualifizierte Berufs- und Studienberatung an allen Schulen der Sekundarstufen I und II.

Eine umfassende Studienberatung muss ihre Fortsetzung an den Hochschulen durch verschiedene Angebote zur Studienbegleitung und -beratung gerade in der Anfangsphase des Studiums finden. Dazu sollen u.a. die Studentenwerke mit ihren Beratungsangeboten gestärkt werden. Auch die Hochschulen selbst sollen mit geeigneten Maßnahmen stärker an der erfolgreichen Absolvierung ihrer Studiengänge interessiert werden. Wir sind uns bewusst, dass es sich hier um ein vielschichtiges Problem handelt.

Die Berufsorientierung und Berufsberatung halten wir für wichtige Elemente, damit die Berufsausbildung erfolgreich verläuft. Sie soll im schulischen Bereich noch systematischer mit Betriebsaufenthalten und Praktika verbunden werden.

Wir gehen aber auch davon aus, dass die berufsbildenden Schulen gestärkt werden müssen und die Ausbildungsbetriebe eine hohe Verantwortung für den Erfolg der beruflichen Ausbildung tragen.

Die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht darüber hinaus in einem gezielten Nachteilsausgleich eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen und Studieren.

Zahlreiche Studierende und Auszubildende (z.B. in vollzeitschulischen Ausbildungen) sind durch finanzielle Belastungen zu Nebenjobs, gezwungen, die dem Studium bzw. der Ausbildung nicht förderlich sind. Wir lehnen daher konsequent Studiengebühren jeder Art ab und treten auf Bundesebene für Reformen am BAföG ein, die allen Studierenden und Auszubildenden, die BAföG-berechtigt sind, eine soziale Grundabsicherung gewährleisten.

Für wie sinnvoll halten Sie ein 13. Schuljahr an Gymnasien?

Die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt fordert derzeit nicht generell die Einführung einer dreizehnjährigen Abiturausbildung.

Sie will aber an Gemeinschaftsschulen und an Gesamtschulen die Option einer dreizehnjährigen Abiturausbildung aus verschiedenen Gründen weiter ermöglichen und an Gemeinschaftsschulen auch verstärkt auf diese Form setzen.

Das entspricht der in der Fraktion DIE LINKE entwickelten Konzeption für die weitere Ausgestaltung der Gemeinschaftsschulen besser als ein zwölfjähriger Bildungsgang. Wir verbinden damit auch das Ziel einer in besonderer Weise praxisverbundenen Abiturausbildung an Gemeinschaftsschulen.

Was wollen Sie tun, damit es in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte gibt?

Für die erforderlichen Anstrengungen zur Ausbildung des Fachkräftenachwuchses sehen wir in hohem Maße die Unternehmen selbst in der Verantwortung. Die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass zur Wahrnehmung dieser Verantwortung günstige gesellschaftliche Bedingungen geschaffen und ausbildende Unternehmen angemessen unterstützt werden. Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass insbesondere die allgemein bildenden Schulen sich so weiterentwickeln können, dass mehr Jugendliche erfolgreich einen qualifizierten Schulabschluss erwerben und gut vorbereitet in eine anspruchsvolle Berufsausbildung einsteigen können.

Dem soll eine ganze Palette von Vorhaben dienen. Sie reicht von der Sicherung einer stabilen Unterrichtsversorgung, als zentraler Aufgabe, über die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte bis hin zu inklusiven Schulkonzepten, der Entwicklung von Sprach- und Medienkompetenz und bis zum gezielten Nachteilsausgleich.

Wie wollen Sie Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern?

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist ein wesentlicher Bestandteil von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dass Familien ausreichende Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zur Verfügung stehen. Für uns sind Kindertagesstätten und Schulen vor Ort wichtige Voraussetzungen dafür.

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung stellt nach unserem Verständnis nicht nur entscheidende Weichen für den Bildungserfolg von Kindern, sondern ist auch für die Vereinbarkeit von Elternschaft und beruflicher Verwirklichung ein ganz wesentlicher Baustein. Wir setzen aber auch auf schrittweise Arbeitszeitverkürzung, sowie auf die gerechtere Verteilung von Arbeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Der seit Jahren schleichenden Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes in immer mehr Wirtschaftsbereichen wollen wir entgegenwirken und Sonntagsarbeit auf das erforderliche Minimum beschränken.

Letztendlich sind aber auch die Unternehmen selbst gefordert, gerade bei der abnehmenden Verfügbarkeit von Fachkräften, eigene Ideen und Modelle zu entwickeln, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihrer Arbeitnehmer zu verbessern, zum Beispiel durch familienfreundliche Arbeitszeiten und flexible Arbeitsmodelle. Hierbei wollen wir gern Unterstützung leisten.

Auf welchem Weg soll die Bildung von Flüchtlingen forciert werden, damit sie möglichst schnell in Unternehmen integriert werden können?

Eine vordringliche Aufgabe ist für uns, allen Flüchtlingen und weiteren Migrantinnen und Migranten schnell effektive Möglichkeiten zu eröffnen, die deutsche Sprache zu erlernen.

Vor allem für jugendliche Flüchtlinge will die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt die bereits in dieser Wahlperiode begonnenen einzelnen Modelle an berufsbildenden Schulen weiterentwickeln und auf deutlich mehr Schulen ausweiten, wonach im Berufsbildungsbereich die Angebote zum Erwerb allgemein bildender Schulabschlüsse, zur Berufsvorbereitung und zum Erlernen der deutschen Sprache gebündelt werden.

Neben Sprachkursen für alle Menschen, die Bedarf haben, unabhängig vom Aufenthaltsstatus will DIE LINKE die Instrumente der Arbeitsmarktförderung auch für Flüchtlinge und Asylsuchende öffnen und für ihre individuellen Bedürfnisse schärfen. Qualifikationen von Geflüchteten müssen so schnell wie möglich erfasst werden. Wir halten es zudem für notwendig, gemeinsam mit den Kammern und anderen Partnern Möglichkeiten der Anerkennung und auch Teilanerkennung von Qualifikationen zu schaffen, Feststellungsinstrumente zu entwickeln und spezifische Weiterbildungsmöglichkeiten zu konzipieren, um vorhandene Qualifikationen den Bedarfen und praktikablen Abschlüssen und Berufsbildern anzupassen.

7. Staatliche Kernaufgaben wahrnehmen – Leben und Eigentum schützen

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie die Kriminalität weiter eindämmen und Leben und Eigentum der Menschen in Sachsen-Anhalt wirksam schützen?

Der Schutz des Einzelnen vor Bedrohungen, Gewalt, Kriminalität, der Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger, aber auch vor unberechtigten Eingriffen des Staates gehört zu den Kernaufgaben des Staates und folglich zu den Aufgaben der Landespolitik, welchen sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt stellt.

Kernpunkt der Bekämpfung von Kriminalität darf nicht nur ihre konsequente Verfolgung sein, sondern insbesondere auch die Bekämpfung ihrer Ursachen. Das ist wiederum eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Öffentliche Sicherheit wird somit nicht nur durch strafrechtliche Vorschriften und deren wirksame Umsetzung gewährleistet. Kriminalitätsprävention beginnt mit guter Familienpolitik, ausreichenden Lehr- und Arbeitsstellen sowie einer guten Bildung, der Verwirklichung von Chancengleichheit und anderen Maßnahmen. Sie erfordert einen an Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nimmt die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger wie auch von Unternehmen in Sachsen-Anhalt sehr ernst. Deshalb fordern wir, vorrangig die Schutz- und Kriminalpolizei quantitativ und qualitativ durch gut ausgebildete und ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten zu verstärken. Finanzielle Mittel sollten in erster Linie für ausreichend polizeiliches Personal, dessen solide fachliche Ausbildung, eine moderne sächliche Ausstattung und moderne Computerarbeitsplätze bereitgestellt werden, statt sich auf die Beschaffung von Überwachungstechnik (wie z.B. Videokameras für die Überwachung öffentlicher Bereiche) zu konzentrieren, deren geringer Nutzen bei der Verhinderung und Aufklärung von Kriminalität selbst unter Fachleuten völlig unumstritten ist.

Gesetzesvorhaben, die unter dem Vorwand der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung Grundrechte immer weiter einschränken, lehnen wir ab.

Mit welchen Maßnahmen soll das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert werden?

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gehört aus Sicht der LINKEN. Sachsen-Anhalt zum originären Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von der Erfüllung dieser Aufgabe hängt auch für die Menschen in Sachsen-Anhalt maßgeblich deren Lebensqualität ab.

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Sachsen-Anhalt wird vielfach weitaus stärker durch ihre soziale und ökonomische Situation beeinträchtigt als durch die reale Gefahr, Kriminalitätsoffer zu werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nimmt diese Sorgen äußerst ernst, aber wir wissen auch, dass diese Form der gesellschaftlichen Verunsicherung nicht nur durch Polizei und Justiz behoben werden kann.

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht dabei die Frage im Vordergrund, wie man öffentliche Sicherheit weitgehend gewährleisten kann, ohne dabei die individuellen Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger unzulässig einzuschränken.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt teilt die Auffassung, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu allererst durch die gesellschaftliche Prävention in allen Lebensbereichen beeinflusst wird. Unser Grundsatz ist es, dass die gesellschaftliche und polizeiliche Prävention allemal wirkungsvoller ist als eine verstärkte Repression.

Eine Politik der öffentlichen Sicherheit muss Rahmenbedingungen schaffen, in deren Mittelpunkt die vorbeugende Verhinderung von Straftaten im rechts- und sozialstaatlichen Rahmen steht. Die Ursachen und Bedingungen von Gesetzesverstößen können nur mit ganzheitlich gesellschaftlichen, sozial- und innenpolitischen sowie strafrechtlichen Konzepten abgeändert werden.

Hinzu kommt, dass DIE LINKE. Sachsen-Anhalt einen Schwerpunkt auf den Erhalt und den Ausbau einer angemessenen Präsenz der Polizei in der Fläche, auf mehr sichtbare, bürgernah auf den öffentlichen Straßen und Plätzen handelnde Polizeibeamtinnen und -beamte statt einer flächendeckenden Installierung von Videokameras setzt, welche die öffentliche Sicherheit nicht garantieren, jedoch das Gefühl einer permanenten Überwachung vermitteln.

Was planen Sie, um die Einsatzbereitschaft der Polizei zu verbessern und die Zahl der Beamten wieder aufzustocken?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht für eine bürgernahe und demokratisch strukturierte Polizei. Wir setzen auf eine Personalpolitik, die garantiert, dass Polizei in der Fläche und vor Ort präsent ist. Sie muss auch nach der Polizeistrukturreform sichtbar und ansprechbar sein. Im Interesse der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit müssen daher in den nächsten Jahren deutlich mehr Vollzugsbeamte und -beamtinnen eingestellt werden. Die Ausbildungskapazität in Sachsen-Anhalt ist entsprechend anzupassen.

Die notwendige Anzahl der Polizeidirektionen im Land muss sorgfältig geprüft werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt auf leistungsstarke Polizeireviere in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt. Sie müssen mit ihren Revierkommissariaten die anfallenden Aufgabenbereiche erledigen können. Die Wiedereinführung von Polizeistationen werden wir prüfen. Ergänzend dazu sind die Möglichkeiten flexibler Streifenfahrten und der Einsatz von Bereichsbeamtinnen und -beamten zu prüfen.

8. Energieversorgung dezentral und wettbewerbsfähig gestalten

Wie planen Sie, den Mittelstand von steigenden Energiekosten zu entlasten

Das Ziel der Energiewende ist der Wechsel von der fossil basierten in die erneuerbar basierte Energiewirtschaft. Dieser Wechsel muss von der ganzen Gesellschaft getragen werden. Uns ist es wichtig, dass dabei die Belastungen sozial gerecht verteilt werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich deshalb weiter dafür einsetzen, dass Befreiungstatbestände für EEG-Umlage und Netzentgelte immer wieder auf den Prüfstand gestellt und eingeschränkt werden.

Ebenso muss auch die Vergütungshöhe für EEG-Anlagen regelmäßig dem Stand der Technik angepasst werden.

Wir wenden uns dagegen, dass Subventionen für fossile Reservekraftwerke den Strompreis weiter verteuern. Wir streben die bundesweite Netzentgeltumlage für einen maßvollen Netzausbau an.

Ebenso wollen wir alle Anstrengungen für mehr Energieeffizienz zum Beispiel auch im Rahmen der Digitalisierung von Produkten und Produktionsprozessen unterstützen.

Was wollen Sie tun, um die Rahmenbedingungen für die Energieversorgung zu verbessern?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat die Energiewende stets als einen Wechsel von einer zentralen Versorgung mit fossilen Quellen zu einer dezentralen Erzeugung und Nutzung aus erneuerbaren Quellen verstanden. Für uns war stets die Möglichkeit für Bürger wichtig, sich vor Ort an Erzeugung und Nutzung von Energie beteiligen zu können. Leider sind diese Möglichkeiten mit der Weiterentwicklung verschiedener Energiegesetze immer mehr erschwert worden.

Deshalb werden wir uns im Bund dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung wieder verbessert werden und z.B. Speicherlösungen und bessere Vernetzung von Strom-Wärme-Mobilitäts-Lösungen gefördert werden.

Pilotvorhaben und besonders innovative Lösungen sollen auch durch Sachsen-Anhalt gefördert werden.

Wie wollen Sie die KMU bei der Steigerung der Energieeffizienz unterstützen?

Die effiziente Nutzung von Energie ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende. Dabei ist sicher die Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich ein wesentlicher Baustein, aber auch die Optimierung der verschiedenen Arbeits- und Produktionsprozesse birgt immer noch viel Potential.

Die Landesenergieagentur LENA hat verschiedene Aktivitäten entwickelt, die gerade auch KMU unterstützen sollen. Dazu gehören Qualifizierungsangebote, Informationsvermittlungen zu gesetzlichen Regelungen, Fördermöglichkeiten, Best-Practice-Beispielen (z.B. Abwärmenutzung auch betriebsübergreifend, neue Beleuchtungskonzepte) und Unterstützung bei Netzwetkbildungen. Diese Arbeit werden wir weiter unterstützen.

Wir wollen uns außerdem im Bund dafür einsetzen, dass der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz weiter konkreter (auch finanziell) untersetzt und zu einer Gesamtstrategie entwickelt wird.

Was wollen Sie gegen steigende Netzentgelte tun?

Netzausbau ist für das Gelingen der Energiewende in bestimmtem Maße notwendig. Gerade im Verteilnetzbereich, in den die Wind- und Solarparks einspeisen, fallen viele Investitionen an, die bisher in den Regionen zu deutlich höheren Netzentgelten führen. Auch die Investitionen in die Übertragungsnetzerweiterungen müssen in den Regionen getragen werden. DIE LINKE setzt sich deshalb weiter für eine bundesweite Umlage dieser Entgelte ein.

Netzentgelte können auch verringert werden, wenn jeder geplante Netzausbau wirklich auf den Prüfstand gestellt wird und mehr Möglichkeiten geschaffen werden, Energie vor Ort zu verbrauchen. Das kann z.B. durch den Einsatz von Speichern und der besseren Kombination verschiedener Nutzungsmöglichkeiten von Energie im Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor realisiert werden.